



Landesarbeitsgemeinschaft
der Waldorfschulen
Berlin-Brandenburg
im Bund der Freien Waldorfschulen

Landesarbeitsgemeinschaft
der Waldorfschulen in Berlin-Brandenburg e.V.
Geschäftsstelle
c/o Seminar für Waldorfpädagogik Berlin
Weinmeisterstraße 16
10178 Berlin

Geschäftsstelle:
Telefon (030) 8410 9410
geschaefsstelle@waldorf.net

Vorstand:
vorstand@waldorf.net

Detlef Hardorp, Bildungspolitischer Sprecher:
Telefon (030) 8410 8410
Fax (030) 8410 8411
bildungspolitischersprecher@waldorf.net

Eingetragener gemeinnütziger Verein (e.V.)
Nr. 21620 Nz
Amtsgericht Charlottenburg

Bankverbindung:
GLS Bank
IBAN: DE76 4306 0967 0105 0000 10
BIC: GENODEM1GLS

Landesarbeitsgemeinschaft der Waldorfschulen in Berlin-Brandenburg e.V.
c/o Seminar für Waldorfpädagogik Berlin · Weinmeisterstraße 16 · 10178 Berlin

Zur Nichtaufnahme eines AfD Abgeordneten in die Schulgemeinschaft einer Berliner Waldorfschule

Einerseits stehen Waldorfschulen grundsätzlich allen Kindern offen. In der "Stuttgarter Erklärung" vom Bund der Freien Waldorfschulen 2007 "Waldorfschulen gegen Diskriminierung" heißt es: "Als Schule ohne Auslese, Sonderung und Diskriminierung ihrer Schülerinnen und Schüler sehen sie alle Menschen als frei und gleich an Würde und Rechten an, unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, nationaler oder sozialer Herkunft, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung." Waldorfschulen sind selbständige Einrichtungen, die auf Landes- und Bundesebene miteinander vernetzt sind. Die Stuttgarter Erklärung gehört zur Grundlage ihres Selbstverständnisses, die Diversität an den Schulen zur gelebten Praxis.

Andererseits entstehen an Schulen in freier Trägerschaft Wertegemeinschaften. Es ist notwendig, dass Eltern hinter dem pädagogischen Ansatz der jeweiligen Schule stehen. Bei Waldorfschulen kommt hinzu, dass deren Träger in Deutschland meist gemeinnützige Vereine sind, bei denen Eltern regelmäßig die Mehrzahl der Vereinsmitglieder stellen und auch im Vorstand vertreten sind. Eltern bekommen somit eine besondere Bedeutung im Schulleben. Auch deswegen spielen bei Aufnahmeentscheidungen die Einstellungen der Eltern eine Rolle. Schulverträge werden mit den Eltern abgeschlossen.

Die erste Gemeinschaftsschule Deutschlands war die vor hundert Jahren gegründete Waldorfschule in Stuttgart. Willkommensklassen werden an Berliner Waldorfschulen als Bereicherung für das Schulleben erlebt. Die AfD spricht sich gegen Gemeinschaftsschulen aus und setzt auf Ausgrenzung.

Eine Berliner Waldorfschule entschied im Dezember 2018, das Kind eines Mitglieds der AfD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses nicht an dem Verfahren zur Schulaufnahme zu beteiligen. Dies löste in der Presse eine heftige Diskussion aus. Die Schule fällte ihre autonome Entscheidung nach einem längeren innerschulischen Prozess. Letztlich wurde entschieden, einen Politiker der AfD für die Dauer eines Gemeinschaftsschuldurchlaufes von 12 Jahren nicht in die Schulgemeinschaft aufzunehmen.

Die Schule, die Landesarbeitsgemeinschaft und der Bund der Freien Waldorfschulen sind sich einig, dass die dabei aufgeworfenen Fragen auffordern, weiter bearbeitet zu werden. Gesellschaftliche Fragestellungen machen vor Waldorfschulen keinen Halt.

Die Entscheidung machte jedoch auch auf ein weiteres Problem aufmerksam: Dass bei 140 Bewerbern auf 30 Schulplätze 110 abgelehnt werden müssen, zeigt, dass der Bedarf an Waldorfschulen im Berliner Raum sehr viel größer als das Angebot ist. Neugründungen werden in Berlin durch eine extrem lange finanzielle Durststrecke verhindert: Fünf Jahre lang bekommen Grundschulen neuer Träger keine Zuschüsse! Die wachsende Stadt ruft nach einer Gesetzesänderung.

Dr. Detlef Hardorp
Bildungspolitischer Sprecher der Waldorfschulen in Berlin-Brandenburg

Berlin, den 28. März 2019